

als unsere Gäste hier mitwirken (Anlage 1). Ich darf die Leitung jetzt an Herrn Hansen übergeben.

Gesprächsleiter Dirk Hansen (F.D.P.): Vielen Dank, Frau amtierende Vorsitzende. Es hat offenbar mit dem Innenleben dieser Enquete-Kommission zu tun, daß ich jetzt das Vergnügen und die Ehre habe, einfach das Wort zu erteilen. Meine Damen und Herren, auch von mir aus natürlich herzlichen Dank, daß Sie sich bereiterklärt haben, an dieser Anhörung teilzunehmen. Ganz unabhängig davon, was Sie zu sagen haben, finde ich, ist diese Tatsache alleine schon sehr dankenswert, und ich möchte das ausdrücklich im Namen aller betonen. Und die zweite Bemerkung möchte ich auch insofern verallgemeinernd machen, indem ich Sie, die gleich zu Wort kommen werden, als Sachverständige im weitesten Sinne des Wortes betrachte, wie wir alle Sie als solche sehen. Dies ist eine Anhörung und Ihre zu hörende Meinung wird wahrscheinlich eine Meinung unter sehr vielen sein. Sie soll eingehen in unseren jeweils individuellen Meinungsbildungsprozeß, aber auch in den der Kommission. Von daher braucht nicht vorschnell beurteilt zu werden, wie die einzelne Meinung in eine irgendwann zu erarbeitende Stellungnahme der Kommission insgesamt einfließen wird. In der Reihenfolge der Zusagen ist zunächst Herr Hans-Jörg Graumann aus Gräfenhainichen von der ehemaligen SED-Kreisleitung Gräfenhainichen hier unter uns. Vielen Dank, daß Sie da sind. Sie haben das Wort.

Hans-Jörg Graumann: Meine Damen und Herren, ausgehend von der fortgeschrittenen Zeit und der Tatsache, daß vieles Wichtige bereits heute gesagt worden ist, möchte ich mich nur zu wenigen Punkten äußern, die mich sehr bewegt haben in den heutigen Morgenstunden. Ich möchte davon ausgehen, daß vieles, was heute offengelegt werden soll, nicht aus der Sicht der Wendezeit und danach betrachtet werden kann. Das wäre, meiner Ansicht nach, zu kurz gefaßt. Manchmal schien mir das schon so, daß dies geschieht. Allein die Möglichkeit einer gesellschaftlichen Veränderung: eine Abkehr vom Sozialismus spielte über nahezu 40 Jahre DDR bei fast keinem Durchschnittsbürger, Genossen der SED oder Mitglied einer Blockpartei eine bewußte oder bewußtseinsmäßige Rolle. Vieles sollte, meiner Ansicht nach, auch regional unterschiedlich analysiert und bewertet werden. Die Anonymität trotz Staatssicherheit ist ja wohl in einer Kreisstadt von 10 000 Einwohnern anders als in einer Großstadt, wie z. B. Leipzig oder Dresden. Hätte es in einer Kreisstadt wie Gräfenhainichen irgendwo Opposition gegeben, wäre wohl der Fall zum echten Fall viel früher geworden als in einer Großstadt. Die grundsätzliche Praxis war hier wie überall. Es gab in den Blockparteien – das zeigte auch meine Arbeit – unter den Funktionären zweierlei Meinungen. Es gab a) im wesentlichen die offizielle, den Kurs der SED bejahende Meinung, und es gab b) eine gewissermaßen private Meinung, die oft von den offiziellen Linien abwich und das sogar mitunter sehr wesentlich. Vor

allein in persönlichen Dialogen mit Mitgliedern von Blockparteien oder mit deren Funktionären war das festzustellen.

Ein paar Bemerkungen zur institutionalisierten Anleitung. Damit die Linie der SED in den Blockparteien und Massenorganisationen durchgesetzt wird, gab es auf Kreisebene regelmäßige Beratungen zwischen der SED, den Blockparteien und Massenorganisationen, also auch mit der GST, dem DTSB, den Konsumgenossenschaften, dem Kulturbund und dem FDGB und anderen. Hier wurden insbesondere auch Wertungen vorgenommen. Hielten denn die anderen sogenannten Blockparteien zur Stange, oder gab es irgendwo abweichlerische Meinungen, die irgendwo dann zum Fall geworden wären? In meiner Praxis, in der kurzen Zeit, in der ich in der Abteilung „Agitation/Propaganda“ war, hatte ich selbst in Vertretung des Sekretärs für Agitation und Propaganda solche Beratungen zu leiten. Es gab sicher offene Fragen dort, aber es gab nicht solche Fragen, bei denen man hätte sagen müssen, es zeichnete sich etwas anderes ab als das, was die Linie war. Es gab auch Gespräche des ersten Sekretärs der Kreisleitung mit Sekretären und Kreisvorsitzenden der Blockparteien und Massenorganisationen, wobei ich hier einmal die Gewerkschaft ausklammern muß. Es war ja prinzipiell so, daß der Vorsitzende des Kreisvorstandes des FDGB Genosse war und daß er Mitglied des Sekretariats der SED-Kreisleitung war. Hier ging es also um die unmittelbare Aufgabenvermittlung oder die Auseinandersetzung unter Genossen, wenn Aufgaben nicht im Sinne der Parteipolitik erfüllt worden waren oder wenn es vielleicht mal den Anschein von abweichlerischen Meinungen gab.

Zum politischen Programm. Sicher hatte auch die einzelne Blockpartei auf Kreisebene ihre eigenen Vorstellungen, ihre Aufgaben, ihre Motive, aber es war prinzipiell auf Kreisebene genau so, wie das heute bereits gesagt worden ist: die Blockparteien hatten ihre kreislichen Beratungen erst nach prinzipiellen Parteitagungen der SED. Also, alles das, was vorbestimmt wurde, wurde von diesen Blockparteien nachvollzogen. Und im wesentlichen war das auf Kreisebene so, daß halt Zustimmung geäußert wurde – unter dem Motto „Die auf das Wohl des Menschen und des Volkes gerichtete Politik der SED ...“ Entschuldigen Sie bitte, aber ich muß es mal so sagen. Inhaltlich waren die Programme der Blockparteien im übrigen Abklatsch der SED-Politik, auch auf Kreisebene.

Einige Bemerkungen zu Mitgliedern und der Funktionärsauswahl. Auf Kreisebene war das so, daß es – ich kann es wohl so pauschalieren – bei der Besetzung von Funktionen in Blockparteien und Massenorganisationen eine Abstimmung auf der ganzen Linie gab. Also, es wurde im Grunde genommen nur der Funktionär eingesetzt, für den die Zustimmung durch die Sekretariate der Kreisleitung vorlag. Die „Entwicklung“ von DBD-Funktionären geschah z.T. sogar über Parteischulen der SED. Das ist aber kein Geheimnis, daß die

DBD-Bezirksvorstände Parteischulen, Bezirksparteischulen der SED besucht haben, bis hin auch an Parteihochschulen studiert haben.

Zur Mitgliedergewinnung. Dazu möchte ich bemerken, daß entweder die SED an Mitgliedern, von denen bekannt war, daß sie in die Blockpartei gehen wollten, selbst kein Interesse hatte oder daß junge Leute sehr rasch in Blockparteien eintraten, um der SED zu entfliehen. Denn dann war im Grunde genommen die sogenannte Allmacht der Partei zu Ende. Wenn Kreissekretäre allerdings zu rührig waren, was die Mitgliedergewinnung anbetraf, dann wurde die Bremse eingesetzt, nach Absprache in der nächsthöheren Leitungsebene der Blockparteien. Also, es gab z. B. dann eine Absprache zwischen dem Kreissekretär und dem Bezirksvorsitzenden der DBD: „Hol' mal Deinen Kreisvorsitzenden zurück. Der prescht mir da ein Stück zu weit vor. Es gibt da junge Leute, die hätten wir gerne in der SED. Die kannst du also halt nicht haben.“ Der wurde dann also, wie gesagt, zurückgeholt.

Zu Formen der Abhängigkeit und Selbständigkeit der Blockparteien. Ich muß hier feststellen, daß jede Selbständigkeit der Blockpartei auf Kreisebene eine scheinbare Selbständigkeit war. Im Grunde genommen lief nichts ohne Zustimmung, im kühnsten Falle nur mit Duldung der SED. Wer an der Führungsrolle der SED, die ja bekanntlich in der sozialistischen Verfassung verankert war, „rummäkelte“, hat das offensichtlich nicht lange getan. Meist landeten solche Leute im politischen Aus. Wobei ich aus kreislicher Sicht sagen muß, außer der möglichen Ablösung der Funktion kenne ich keinen Fall, wo weitergehende in der Öffentlichkeit erfolgte Repressalien bekannt wurden. Zumindest in meinem Kreis nicht.

Zu einem dritten Problem: Motive zum Eintritt in Blockparteien. Das wichtigste war meiner Ansicht nach, und das bewiesen auch Gespräche in der Wendezeit, die Flucht vor der SED, wenn man also „trotzdem“ etwas werden wollte. Z.B. sind mir Fälle bekannt, in denen bei einem vorgesehenen Studium zum Lehrerberuf die Wahl des kleineren „Übels“ getroffen wurde. Man hatte sich irgendwo in Sicherheit gebracht und trat halt in eine Blockpartei ein. Andererseits sahen einige, die eingetreten sind, in einer Blockpartei eher die Chance, Karriere zu machen als in der Massenpartei SED mit 2,1 oder 2,3 Millionen Mitgliedern. Die Wahl des Programms, das sich scheinbar doch von dem der SED unterschied, spielte auch eine Rolle, wenngleich das – wie gesagt – eine Täuschung war. Es gab tatsächlich Mitglieder von Blockparteien, die den Wunsch hatten, zunächst einmal Opposition zur SED zu sein. Das erwies sich für viele als trügerisch. Und dann selbstverständlich war die Mitgliedschaft in einer Blockpartei auch aus der Sicht ökonomischer Gründe wichtig: z. B. für Selbsthilfegruppen, die sich hier mit Material versorgten und untereinander unterstützten.

Ein paar Bemerkungen aus meiner Sicht zu dem, was hier heute morgen gesagt worden ist. Es zeigte sich auch in meinem Kreis, daß die Blockparteien

gesellschaftsintegrierende Funktionen hatten. Sie setzten sozusagen eine Allmacht über das Mittun anderer durch. Ich kenne aus den Gesprächen um die Wendezeit eine Menge Christen, die deshalb zur CDU eine sehr ablehnende Meinung hatten. Das bestätigte sich in vielerlei Richtung.

Es ist auch richtig, daß bestimmte Funktionen an bestimmte Parteien gebunden waren: bzw. die des stellvertretenden Direktors an zehnklassigen, polytechnischen Oberschulen, oder z. B. wurde im Kreis Gräfenhainichen das Amt „Umwelt, Wasser, Energie“ beim Rat des Kreises durch die CDU besetzt, die Abteilung „Kultur“ durch die NDPD und anderes. Also, hier hatte man schon irgendeine Chance, auch Karriere zu machen, ohne in der SED zu sein – vielleicht sogar noch günstiger als in der SED. Ich kann ein persönliches Beispiel dazu geben. Ich habe ein halbes Jahr in der Abteilung „Agitation/Propaganda“ gewirkt, weil ich für eine eventuell neue Zeit für viele ein Hoffnungsträger war. In einem der ersten Gespräche mit Blockparteien und Massenorganisationen habe ich öffentlich die Blockparteien, bitte mit Verlaub gesagt, gerügt und habe mir erlaubt, den Wunsch zu äußern, daß sie doch ein bißchen mehr Opposition sein sollten, wenn sie in eine vernünftige Entwicklung gehen wollen. Das hätte fast, nachdem das ruchbar geworden ist, in meiner eigenen Partei zum Eklat mit meinen eigenen Genossen in der Kreisleitung geführt und mich vielleicht (glücklicherweise) die Funktion gekostet, an der ich ohnehin nicht unbedingt hing. Es gab in der CDU oder anderswo, und das möchte ich hier herausstellen, damit kein falsches Bild entsteht über das, was sich an der Basis abgespielt hat, genauso wenige Oppositionelle wie in der SED, zumindest auf Kreisebene. Wer heute behaupten will, daß das mehr gewesen wäre und daß da besondere Initialzündungen ausgegangen wären von solchen Mitgliedern, der täuscht sich. Der stellt einfach etwas falsch dar. Darüber hinaus gab es meiner Ansicht nach in einem solchen Kreis wie meinem auch kein nennenswertes anderes oppositionelles Spektrum. Mitunter war das Argumentieren von Mitgliedern der Blockparteien das gleiche, als wenn man die SED links überholen wolle. Also, ich muß sagen, mitunter mußte man sich wundern, man glaubte, in der falschen Partei zu sein, wenn man die Argumente von einigen hörte, die z. B. in der DBD waren.

Ich möchte noch einmal zurückkommen auf die politische Funktion der SED. Ganz wichtig erscheint mir herauszuheben, daß in allen Massenorganisationen und bis hin zur Kreislandwirtschaftsschule Parteigruppen der SED bestanden. Die sollten hier, wenn man es so will, die führende Rolle der Partei, der SED, der Arbeiterklasse durchsetzen. Damit hatte man selbstverständlich einerseits immer einen Überblick über das Denken und Handeln in diesen Massenorganisationen, andererseits konnte man über die Genossen recht gut Einfluß nehmen auf die Ideologie, die vielleicht mal hier und da abwich. Soweit meine Bemerkungen zu dem, was heute vormittag hier vorgetragen

wurde. Sie können selbstverständlich an mich Fragen stellen, die ich aus meiner Praxis heraus beantworten kann. Dankeschön.

Gesprächsleiter Dirk Hans (F.D.P.): Ja. Vielen Dank, Herr Graumann. Dann möchte ich gern Herrn Prof. Karlheinz Blaschke aus Friedewald, Historiker, bitten.

Prof. Dr. Karlheinz Blaschke: Meine Damen und Herren, ich möchte gern zunächst einige Dinge über meinen biographischen Hintergrund sagen. Ich bin 1946 als Student in Leipzig in die CDU eingetreten. Das war damals eine großartige Sache, in eine Partei, die mit dem Werbetext für Freiheit, Recht und Menschenwürde auftrat, einzutreten. Ich bin 1956 wieder ausgetreten, als der Parteivorsitzende Otto Nuschke sich in einer empörenden Weise über den ungarischen Volksaufstand geäußert hatte. Und ich bin 1990 dann in Dresden wieder eingetreten. Zwischendurch habe ich im Staatsarchiv Dresden Dienst getan: Ich war dort zwölf Jahre Gewerkschaftsfunktionär und acht Jahre Betriebsgewerkschaftsleitungs-Vorsitzender. Ich kann mir also auch ein Urteil erlauben über das, was Gewerkschaft an der Basis in der DDR gewesen ist. Ich habe auch diese Funktion 1956 niedergelegt, weil ich sie nicht mehr so ausführen konnte, wie ich sie verstand. Ich bin 1968 wegen der ideologischen Belastungen aus dem staatlichen Dienst ausgetreten und bin dann als Dozent an der kirchlichen Hochschule in den kirchlichen Dienst gegangen. Ich habe also ein Viertel Jahrhundert meines Lebens ohne irgendwelche Chancen im staatlichen Hochschuldienst verbracht. Ich bin von der SED-Geschichtswissenschaft als bürgerlicher Historiker boykottiert worden und dann beim Neuaufbau des Freistaates Sachsen 1991 als Leiter des sächsischen Archivwesens eingetreten in das Innenministerium und nunmehr mit 65 Jahren auf den Lehrstuhl für sächsische Landesgeschichte an der Technischen Universität Dresden gelangt. Ich glaube, dieser Hintergrund ist nicht ganz unwichtig für das, was ich nun sagen möchte.

Ich habe Ihnen das in Form eines Thesenpapiers (Anlage 2) in aller Knappheit dargelegt, was ich jetzt nicht einfach vorlesen möchte, zu dem ich nur einige Erläuterungen geben möchte, zumal vieles von dem, was ich zu sagen hatte, heute bereits gesagt worden ist. Vor allen Dingen muß ich bemerken, daß ich die beiden ersten Referate nur mit voller Zustimmung zur Kenntnis nehmen konnte. Dort ist von einer wissenschaftlichen Beschäftigung mit dem Thema genau das gesagt, was ich auch von meinem direkten Erleben her zu sagen gehabt hätte.

Zum ersten Punkt ist genügend gesagt worden, z. B. daß die Anfänge der bürgerlichen Parteien mit großen Hoffnungen begleitet gewesen sind, daß sie getragen waren von der Begeisterung vieler Menschen, die nach zwölf Jahren Diktatur wieder Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einführen wollen – man muß davon ausgehen, daß dieser Impetus des Anfangs ja nicht sofort verloren gegangen ist, sondern daß er in diesen Parteien weiterhin lebendig

geblieben ist – wenn auch unter der Asche – und daß am Anfang auch die sowjetische Militäradministration ein Interesse daran gehabt hat, diesen Pluralismus darzustellen.

Das zweite hängt zusammen mit der Verschlechterung der weltpolitischen Lage auf der einen Seite und dem zunehmenden Machtgewinn der deutschen Kommunisten. Wir hatten in vielfacher Hinsicht, auch etwa vom Standpunkt der Kirche aus, die Feststellung zu machen, daß die Russen viel zugänglicher gewesen sind und viel humaner waren als die deutschen Kommunisten, die dann an die Macht gekommen sind, etwa auch in Fragen der Kirchenpolitik. Ich habe es selber erlebt, mit welchen gemeinen Methoden die politischen Köpfe der damaligen Blockparteien, etwa die Minister in den Landesregierungen, in der Öffentlichkeit diffamiert worden sind, mit welchen Mitteln sie durch die Zeitungen geschmiert worden sind, so daß ihnen dann nichts anderes übrig blieb, als nach dem Westen zu gehen, wenn sie nicht vorher verhaftet worden sind. Diese Kampagnen gehören auch zum Erleben der Blockparteien. Sie haben einen Widerstand geleistet gegen die „Gleichschaltung“. Ich benutze bewußt das Wort „Gleichschaltung“, das ja eigentlich aus dem Jahre 1933 kommt.

Und so käme ich zum dritten Punkt, wo noch einmal zu unterstreichen ist, daß wir sehr unterscheiden müssen zwischen den Parteileitungen und dem Parteivolk. Es war eine Wirkung dieses massiven Druckes auf die Parteiführungen, daß die Parteien als Institutionen, als Organisationen letzten Endes gleichgeschaltet worden sind, daß sie auf ein eigenes Programm verzichten, mit dem sie ja ursprünglich angetreten sind, das sich aber nicht mehr durchhalten ließ, weil die SED ständig auch die gesamte Personalpolitik dieser Parteien kontrollierte. Jeder Abgeordnete, der aus einer dieser Parteien in ein Kreis-, Gemeinde- oder Bezirksparlament eintreten sollte, wurde überprüft, und es gab Zurückweisungen durch die SED, wenn der Betreffende ihr nicht gefiel. Zu Herrn Poppe muß ich sagen, daß die Zeitungen, abgesehen von den beiden ersten Seiten – die waren immer gleichgeschaltet –, sehr wohl versucht haben, eine eigene Linie durchzuhalten. Und ich kann Ihnen nur mit größter Anerkennung das Beispiel der Dresdner Tageszeitung „Die Union“ sagen, die bis in die Wende hinein ihre eigenständige Linie gehalten hat, so daß etwa der Chefredakteur 1988 gemaßregelt und nach Berlin versetzt worden ist, weil er der SED nicht mehr gefallen hat. Was man in diesen Zeitungen, abgesehen von der politischen Information, die war natürlich gleichgeschaltet, lesen konnte über Kultur, Film, Theater und Literatur, das war einfach eine ganz wichtige Information für die eigene Standortbestimmung und für die Weiterentwicklung. In dieser Hinsicht sehe ich eine ganz wichtige Funktion der Tagespresse dieser Parteien, die ständig einer Kontrolle durch die örtlichen Organe der SED ausgesetzt waren.

Und nun zum vierten Punkt: die Spaltung, die Querspaltung zwischen

Parteienspitze und Parteibasis. Hier steckte doch noch viel drin, in der Erinnerung an die Anfänge dieser Parteien. Außerdem ist wichtig, was heute auch schon angeschnitten worden ist. Ich habe es selbst erlebt, wie Leute in diese Parteien eingetreten sind, um sich vor den dauernden Anwerbungsversuchen durch die SED sicherzustellen. Wenn man sich einmal für eine solche Partei entschieden hatte, dann war man alle Nachstellungen dieser Art los. Und schließlich darf nicht vergessen werden, daß es ja auch unter diesen sogenannten bürgerlichen Kräften Menschen gab, die einfach von innen heraus das Bestreben hatten, etwas für ihre Mitmenschen, für die Gesellschaft zu tun und die deswegen bestrebt waren, in den örtlichen Organen, den Parlamenten mitzuwirken. Das konnte nur geschehen über die Mitgliedschaft in einer bürgerlichen Partei, so daß sogar Pfarrer sich unter diesem Gesichtspunkt zur Vertretung der CDU etwa haben wählen lassen in Gemeinde- und Kreisparlamente. Ich habe meinen Parteiaustritt oft kritisch überprüft und mich gefragt, ob es richtig war, da weg zu gehen und damit eine Chance zu verpassen, selber etwas mit tun zu können. Ich konnte es nicht anders, aber ich habe immer mit großer Achtung von denen gesprochen, die unter größten Schwierigkeiten dageblieben sind und dort versucht haben, etwas Positives zu bewirken.

Und zu diesem Positiven gehört auch das, was ich unter 5.) formuliert habe. In den Ortsgruppen der Blockparteien fanden sich Menschen zusammen, denen es bewußt war, daß ihnen ihre Parteimitgliedschaft im allgemeinen, anders als die Mitgliedschaft in der SED, keine beruflichen oder materiellen Vorteile einbrachte. Karriere machen konnte man da nicht. Man konnte höchstens den Beruf erlangen, der einem aufgrund seiner Qualifikation zustand, während man in der SED Karriere machen konnte, ohne die nötigen Fachkenntnisse zu besitzen. Die Zugehörigkeit zu einer nichtkommunistischen Partei bedeutete für viele eine Vergewisserung ihres abweichenden, zum Teil auch nonkonformistischen Standpunkts. Gemeinschaft und Gedankenaustausch innerhalb der Ortsgruppen dienten der gegenseitigen moralischen Stärkung und halfen beim Durchstehen einer nicht grundsätzlich bejahten, wohl aber ohne Gegenwehr hingenommenen und damit anerkannten politischen Situation.

Unter diesen Bedingungen konnte auch von Vertretern der Blockparteien manches Positive bewirkt werden (Punkt 6): Es ging nicht um Veränderung der großen Politik. Man konnte von der Basis einer bürgerlichen Partei aus nicht das Paßgesetz ändern. Aber man konnte in diesen örtlichen Bereichen an der Regelung der kleinen Verhältnisse mitwirken, in denen sich das tägliche Leben eigentlich vollzieht. Also gewissermaßen in dem menschlichen Bereich, und dort war ein Spielraum vorhanden. An diesem Gesichtspunkt des Spielraums liegt mir sehr viel. Dieser Spielraum konnte genutzt werden, wenn man in eine solche Partei eintrat.

Daß es dann, Punkt 7, zwischen der Leitungsebene und dem Parteivolk

erhebliche Unterschiede gab, das ist klar. Die einen waren korrumpiert und haben sich voll angepaßt, während im Parteivolk – die Wortwahl habe ich mir jetzt genau überlegt – eine Stimmung herrschte, die von der Einsicht in die Unausweichlichkeit der gegebenen Verhältnisse getragen war. Die von der SED geschaffenen Machtverhältnisse gestatteten es nicht, daß die Parteibasis gegen die Parteispitze aufbegehrte und dadurch von unten her auf demokratischem Wege eine Veränderung hätte bewirken können.

Die Frage (Punkt 8) wurde vorhin gestellt, warum denn dann die SED nicht die Blockparteien beseitigt oder verboten hätte? Es diene dem Ansehen der DDR, daß es eine solche pluralistisch scheinende Vielfalt gegeben hat, und hier lagen gewisse Möglichkeiten für die Mitglieder dieser Parteien, im Berufsleben Aufstiegsmöglichkeiten zu erhalten, jedenfalls in dem Sinne, wie es vorhin gesagt wurde, bis höchstens zur Stellvertreterebene. Selbst im Gesundheitswesen gab es kaum Chefärzte oder Klinikleiter aus den Blockparteien, sondern das blieb immer etwas auf der Ebene des Oberarztes stehen. Aber das Positive – auch für die SED – ist doch, daß auf diese Weise qualifizierte Kräfte im wirtschaftlichen, technischen, medizinischen und naturwissenschaftlichen Bereich – nicht im ideologischen Bereich – in begrenztem Maße berufliche Leitungspositionen erlangen konnten, ihre Fähigkeiten nutzbar machten und mit ihrer fachlichen Kompetenz einen für die ganze Gesellschaft wertvollen Dienst leisten konnten.

Unter Punkt 9 habe ich auf eine für den Historiker interessante Tatsache hingewiesen. Warum ist es eigentlich nie zu einer Solidarität dieser vier bürgerlichen Parteien gegenüber der SED gekommen? Offenbar waren die Parteispitzen so weit korrumpiert und war das Prinzip „divide et impera“ so gut angewandt, daß es überhaupt nicht zu einer solchen Möglichkeit gekommen ist. Nicht einmal in der Schlußphase der DDR, wo es ja unter der Schwächung der SED durchaus denkbar gewesen wäre, daß sich die vier bürgerlichen Parteien zusammengetan hätten, um die politische Verantwortung zu übernehmen. Die Verstrickung der Parteiführungen in das Herrschaftssystem der SED und das Maß ihrer Korruptiertheit haben eine derartige Möglichkeit ausgeschlossen. Es ist auch – ich muß schon sagen – kritisch festzustellen, daß, von geringen Ausnahmen abgesehen, von den Blockparteien der DDR keine Initiativen zu Kontakten mit westdeutschen politischen Kräften ausgegangen sind, während sie umgekehrt auch nicht von diesen Kräften angesprochen wurden. Der deutsch-deutsche Dialog war im wesentlichen, bis auf gewisse Ausnahmen, das Monopol der SED und fand daneben nur auf kirchlicher Ebene statt.

Zum Schluß zu Punkt 10: In der Mitgliedschaft der Blockparteien regten sich im Herbst 1989 Kräfte, die auf die Rückbesinnung auf demokratische und rechtsstaatliche Grundsätze aus der „Gründerzeit“ gerichtet waren und sich wirksam in die Vorgänge einschalteten, die zum Zusammenbruch der

SED-Herrschaft führten. In der Asche der DDR-Verhältnisse war eine Glut erhalten geblieben, die zum geeigneten Zeitpunkt wieder aufflackern konnte. Aufflackern: es war kein Auflodern, es war ein Aufflackern. Aber gegenüber der spontanen Bewegung aus dem Volk haben diese Kräfte keine entscheidende Rolle gespielt.

Als Historiker stelle ich mir manchmal die an sich sinnlose Frage: Was wäre geworden, wenn ...? Was wäre geworden, wenn sich die bürgerlichen Parteien bis zur Konfrontation den Gleichschaltungsversuchen der SED widersetzt hätten? Man kann die Frage stellen; man kann sie nicht glaubwürdig oder definitiv beantworten. Aber von dieser Frage ausgehend kann man die Alternativen überlegen, die es gegenüber der Anpassung und der Gleichschaltung gegeben hätte, wenn man es auf die totale Konfrontation hätte ankommen lassen. Und da muß man sich fragen, ob es nicht doch besser gewesen wäre, daß diese Parteien so, wie sie nun einmal waren und sein mußten, existierten, weil dadurch doch manches bewirkt werden konnte, was unter anderen Bedingungen nicht hätte bewirkt werden können. Das, was vorhin Herr Graumann sagte, kann ich nur unterstützen. Wir können die Existenz der Blockparteien nicht vom Standpunkt von 1989 oder 1992 beurteilen, sondern wir müssen uns hineinbegeben in die Vorgänge selber und uns fragen, welche Möglichkeiten, welche Chancen, welche Alternativen gab es damals? Eine vergangene Zeit kann man nur aus sich selbst heraus verstehen, und darum geht es mir.

Gesprächsleiter Dirk Hansen (F.D.P.): Vielen Dank an Herrn Professor Blaschke, der seine Ausführungen gewissermaßen mit Ranke beendet hat. Wir gehen aber doch übergangslos zu seinem Nachbarn, Herrn Fritz Gerber aus Bautzen, über, der Geschäftsführer eines CDUD-Bezirksvorstandes gewesen ist. Vielleicht sagen auch Sie, ich fand das sehr erhellend, ein paar biographische Daten zusätzlich. Dann kann man das, was Sie anschließend sagen, sicherlich noch besser verstehen. Sie haben das Wort.

Fritz Gerber: Meine Damen und Herren. Als erstes eine Korrektur: Ich war nicht Vorsitzender eines Bezirksverbandes, sondern Geschäftsführer eines Kreisverbandes. Ich habe zu dieser Teilnahme verhältnismäßig schnell gegenüber meinen sonstigen Gepflogenheiten zugesagt und habe mir bei der Beschäftigung mit dem Thema immer mehr die Frage vorgelegt: Hast du richtig gehandelt? Das „Ja“ erfolgte auch unter dem Gesichtspunkt, daß ich die Herrnhuter Losung zur Hand nahm, um zu sehen, was sie denn für den 11. dieses Monats sagt. Die Pfarrer werden es wissen. Und das hat mir doch dann den Mut gegeben: „Liebet eure Feinde!“, ohne daß ich jetzt sagen will, solche sehe ich hier im Raum. Aber auch das zum persönlichen Werdegang. Mich begleiten einige Jahrzehnte die Herrnhuter Losungen, und ich bin wohl nie an einem Morgen aus dem Hause gegangen, ohne darin gelesen zu haben. Und ich habe 41 Jahre diese Tätigkeit als Kreisgeschäftsführer ausgeübt.

Sie könnten mich also fragen, wie hat er sich denn verhalten, um die 41 Jahre über die Runden zu bringen? Es gibt von mir aus keine Möglichkeit, Stellen für eine Auszeichnung vorzuschlagen. Gäbe es das, würde ich den Deutschlandfunk für eine solche Auszeichnung vorschlagen, denn er wurde im „Tal der Ahnungslosen“, aus dem ich ja komme – ZDF und ARD gab es nicht im Raum Dresden –, nicht nur bei mir, sondern weithin zur begleitenden Einrichtung, die einem für manchen Tag Kraft gab, wenn ich an die Worte zum Tage früh denke. Wenn der Deutschlandfunk Debatten des Bundestages übertrug, die mir sehr interessant erschienen, mußte meine Frau stenographieren, damit ich deren Inhalt auch in unsere Ortsgruppen tragen konnte. Ich bin 1946 im Juni das erste Mal Mitglied der CDU geworden. Fünf Wochen später erfolgte eine Arbeitsverpflichtung. Das war die Reaktion des Bürgermeisters auf meinen Eintritt in die CDU. Ich hatte damals meinen Pfarrer für diesen Eintritt gewonnen. Ich komme aus einem christlich-sozial denkenden Elternhaus und neigte lange Zeit eigentlich näher der SPD zu als der CDU. Aber der CDU bin ich dankbar, daß sie all die zurückliegenden Jahre das „C“ in unserem Lande aufrechterhalten hat und immer wieder für die Menschen den Anstoß gegeben hat, darüber nachzudenken. Ich war 19 Jahre alt, als mir mein Pfarrer verständlich machte, daß ich jetzt und in Zukunft kein Laubfroschpolitiker sein dürfe. Damit war gemeint, daß ich nicht erst in die politische Arbeit einsteigen sollte, wenn die Sonne am Horizont hochgegangen ist; dann steigt ja bekanntlich der Laubfrosch auf die Leiter, und man sagt: „Er kündigt schönes Wetter an!“ Vorher konnte er auch nicht wissen, wie die Dinge liegen. Aber gerade dieser Gedankengang, niemals Laubfroschpolitiker zu sein, hat mich also aushalten lassen. Nicht nur bis in die letzten Tage, sondern er hat mir Grundlage dafür gegeben, die Dinge immer wieder neu zu bedenken und zu durchdenken, um meiner Aufgabe auch gerecht zu werden. Denn ich habe es sehr ernst genommen, daß die CDU die Aufgabe erhielt, sich besonders der christlich orientierten Bevölkerung zuzuwenden. Ich habe das von Anfang an so gehalten: Wer das „C“ aus dem Namen unserer Partei streicht, der sollte sich die verbleibenden beiden Buchstaben DU nicht als „Demokratische Union“ übersetzen, sondern als „dienstuntauglich“. Und ich bin von dieser Seite aus recht gut gefahren. Wie gesagt, ich habe 1950 die Funktion als Kreissekretär übernommen. 1952/53 – das soll jetzt kein Lob sein – war es der Kreis Niesky, der als einziger im Lande Sachsen die Resolution gegen die „verbrecherische Terrororganisation 'Junge Gemeinde'“ nicht unterschrieben hat. Es kam der 17. Juni dazwischen. Ich weiß nicht, wie lange ich es durchgestanden hätte, diese Unterschrift, die jedesmal neu im Kreise der Nationalen Front und des Blockes vorlag, zu verweigern. Aber ich habe auch immer deutlich gemacht, vor allen Dingen gegenüber meinem Arbeitgeber, daß ich versuche, meine Aufgabe als Berufung des „C“ auszuführen. Und wenn ich glaube, damit eines Tages nicht mehr hinzukommen, dann also jederzeit bereit sei, zurückzugehen an

meinen Arbeitsplatz, wo ich hergekommen bin. 1953 durfte ich dann drei Tage, ich weiß nicht, wie ich es ausdrücken soll, bei der Volkspolizei „Verpflegung einnehmen“, „eine Gastrolle spielen“, weil der 17. Juni in unserem Kreis keine unbedeutende Rolle spielte. Ich wurde 1957, 1968 und 1974 ganz offiziell von der Staatssicherheit angesprochen, als Kreissekretär der CDU Berichte zu geben und dort mitzuarbeiten. Ich habe jeweils am selben Tage meinen Bezirksvorsitzenden verständigt und habe ihm gesagt, wenn das zu meinem Aufgabenbereich gehört, ist mit heute der letzte Arbeitstag. Ich habe das durchgehalten, ich sage Ihnen, 1957 aus der Opposition eines jungen Menschen, der sich wie ein junges Fohlen auf der politischen Koppel benimmt und nach allen Seiten ausschlägt; 1968, 1974 dann bedachter. Auch das will ich hier sagen, weil ich mir von diesen Stunden an gesagt habe, wenn nicht du, wer dann in deiner nächsten Umgebung? Glücklicherweise haben sich einige dieser „Freunde“ dann immer so verhalten, daß man alsbald erkannte, daß ihre Neugier anscheinend doch nicht nur für ihr eigenes Wollen und Wissen ist, und man sie dann dementsprechend einordnen konnte. Hier ist vieles gerade von Herrn Prof. Blaschke gesagt worden und auch bei den einleitenden Ausführungen, worunter ich nur einen dicken Strich machen könnte. Ich will aber sagen, daß es bei der wirklichen Urteilsfindung meiner Meinung nach sehr stark darauf ankommen wird, die untere Ebene, das wirkliche Denken der Menschen in dieser Zeit richtig mitzubeurteilen. Es läßt sich sicher vieles wissenschaftlich aufarbeiten, was die Arbeit der Parteileitung und vielleicht auch bezirklicher Organe betrifft. Es läßt sich wohl nur durch die Praxis aufarbeiten, wie dort und in der unteren Ebene gearbeitet worden ist. Ich habe 1964 im Kreise Bautzen eine Kreisdelegiertenkonferenz durchgeführt, bitte, das soll jetzt nicht so persönlich klingen, an der haben 31 evangelische und katholische Pfarrer teilgenommen. Dahinter steckte eine Arbeit, die über die Jahre dazu geführt hat, Vertrauen aufzubauen. Aber das war nicht ganz so schlimm, weil sie mich ja kannten, und ich zählte nicht zu jener Gruppe, von der so nach 1957/60 bei der Partei der am besten angeschrieben war, der mit der Kirchensteuer am weitesten im Rückstand war. Ich zählte immer zu jenen, die den Sonntag nützten, um sich letzten Endes unter der Kanzel sitzend Kraft zu holen. Und wir haben eine Gruppe von Pfarrern aufgebaut, die mit uns im Gespräch waren, mit denen wir arbeiteten, und ich will heute sagen, auch einige Experimente durchgeführt haben, um zu prüfen, wie weit meint der Andersdenkende es denn eigentlich ehrlich, wenn er auf die Zusammenarbeit verweist, wenn er auf Gleichberechtigung verweist, wenn er auf der anderen Seite aber nie gewillt ist, Religion als Opium für das Volk zu bezeichnen. Und ich habe immer unseren Pfarrern gesagt, gehen wir davon aus, gleich, wie sich die andere Seite uns zeigt, sie wird nie vom Tische wischen, daß das „C“, daß die Christen eines Tages in unserem Lande beseite geschoben werden sollen. Wir hatten in dieser Gruppe über die Mitarbeit in Gemeindeparlamenten gesprochen, z. B. darüber, inwieweit ein Geistlicher in

der Lage ist, nicht nur selbst bereit ist, sondern auch, inwieweit läßt man ihn den Weg gehen, daß er Abgeordneter werden kann. Und es stellte sich dann heraus, Abgeordneter kann er werden, aber, ich kann es belegen, als Mitglied des Rates darf ein Pfarrer nicht fungieren. Und als ein Pfarrer Antrag stellte, um Mitglied in der „Deutsch-Sowjetischen Freundschaft“ zu werden, wurde das vom Kreissekretariat der „Deutsch-Sowjetischen Freundschaft“ abgelehnt und als unmöglich hingestellt. Ich könnte eine Reihe von Beispielen nennen, aus denen eindeutig hervorgeht, daß jeder Mensch, der sich als CDU-Mitglied und LDP-Mitglied bezeichnete, von seiten der Sozialistischen Einheitspartei, ich will es so kraß sagen, nicht als vollwertig bezeichnet wurde. Das ist z. B. anhand von Studienbewerbungen zu belegen. Das ist auch zu belegen anhand der Ausübung von Funktionen – so wie vorhin schon erwähnt wurde, daß die CDU oft die Stellvertreterrolle spielte: sie konnte z. B. stellvertretende CDU-Schuldirektoren stellen. Ich will aus meiner Sicht und aus meinen Kreisen sagen, daß dies bis 1960/62 möglich war. Dann wurde systematisch abgebaut. Es war möglich, daß in einigen Wirtschaftsbereichen zunächst noch wirtschaftsleitende Positionen übernommen werden konnten, daß aber diese Möglichkeiten systematisch abgebaut wurden. Ich kann es auch an einigen Beispielen belegen, daß diesen Menschen entweder irgendwo einmal ein Strick gedreht oder versucht wurde, sie auf eine andere Position zu schieben, damit er dort abgelöst wird. Ich würde für die Aufarbeitung dieser ganzen Verhältnisse empfehlen, die Informationsberichterstattung, die zwischen den Kreisverbänden, den Bezirksverbänden und der Parteileitung lief, eingehend aufzuarbeiten. Dabei wird man sehr schnell erkennen, welche Kreise in einer „Schönwetterpolitik“ informierten und welche Kreise, ja, ich will es so sagen, schon anhand ihrer eigenen Überzeugung der Meinung waren, das und das und das muß gesagt werden. Und das wäre an einigen Stellen zu belegen, daß die Berichte des Kreisverbandes Bautzen in der Parteileitung zwar gern gelesen wurden, aber immer wieder mitgeteilt wurde: „Mensch überlege doch, du bist noch nicht 65, wie lange willst du noch so berichten.“ Und so war unser Informationsbericht, den wir im April '89 beispielsweise gaben, die Veranlassung für den Parteivorsitzenden, entgegen anderer Planung den Kreisverband Bautzen flächendeckend zu überprüfen, inwieweit die „politisch-ideologische Klarheit“ in diesem Kreisverband noch vorhanden ist. Nun, die „Freunde“ haben sich überzeugt und sind zum Teil auch überzeugt worden, nämlich davon, daß die Praxis anders aussieht, als man in der Theorie sich einige Dinge vorstellt.

Gesprächsleiter Dirk Hansen (F.D.P.): Vielen Dank, Herr Gerber. Sie haben, denke ich, einen Einblick gegeben, gerade aus diesen ganz persönlichen Bemerkungen heraus. Aus Ihrem eigenen Selbstverständnis heraus ist doch vieles deutlich geworden. Ich habe als nächsten auf der Liste, Herrn Martin Rissmann, Koblenz, frage aber vielleicht doch den Abgeordneten und Kolle-

gen Junghanns aus der CDU/CSU-Fraktion, ob er vielleicht nicht direkt im Anschluß an die bisherigen Berichte das Wort ergreifen möchte. Erst dann würde ich Sie, Herr Rissmann, wie auch den inzwischen dankenswerterweise eingetroffenen Tom Steinborn, die beide gewissermaßen einen anderen Zugang haben, bitten. Herr Junghanns, sie haben sich kurzfristig bereiterklärt, hierherzukommen, um aus Ihrem Erfahrungsbereich zu berichten. Sie haben das Wort.

Abg. Ulrich Junghanns (CDU/CSU): Ja. Herr Vorsitzender, vielen Dank für die Gelegenheit, hier zu sprechen. Ich möchte wirklich einführend noch anmerken, daß ich gestern abend diese Einladung bekommen habe; ich habe zugesagt von 12.00–14.30 Uhr, um 15.00 Uhr habe ich nämlich noch einen Termin. Deshalb paßt mir das, wenn ich jetzt in aller Kürze sprechen kann.

Mir ist auch nicht dieser Fragebogen zugegangen, so daß ich Sie bitte, mir zu verzeihen, wenn ich nur schlaglichtartig auf die einzelnen Fragestellungen eingehe.

Ich habe mich deshalb bereiterklärt, weil es mir einfach auch darum geht, über ein Stück meines Weges, so wie ich es in der Wahlvorbereitung getan habe, auch weiterhin nicht zu schweigen, sondern offen darüber zu sprechen. Ich mußte das bis dato tun, ich will das auch weiterhin tun. Und ich möchte mich aber gleichzeitig bemühen, eine Doppelung zu vermeiden, weil ja hier – was die Vorredner angeht – nach meinem Dafürhalten in sachlicher Art und Weise berichtet wurde.

Zum ersten Punkt, vielleicht doch ein bißchen angelehnt an den Fragenkatalog: Ich komme aus der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands. Sie hat hier heute morgen, soweit ich das gehört habe, eine Rolle gespielt, in der Form, daß über sie gesagt wurde, sie sei der engste Bündnispartner der SED gewesen. Dieses war in der Tat das Selbstverständnis der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands. Ihr war die Agrarpolitik zugeordnet und damit war sie – Herr Lapp hat das zum Ausdruck gebracht – als eine Art berufsständische Organisation sozusagen abgestempelt. Damit war sie eigentlich nur ein Torso einer Partei, da sie nur ein „Feld“ belegte. Und sie war aus der Historie heraus ja wirklich so gedacht. Ich kann das, weil ich zu jung bin, nur aus dem Erzählen und aus meinen Recherchen heraus bestätigen: sie wurde wirklich im April 1948 so angelegt. Das geschah auch, um das potentiell konservative Potential, das es im Land gab, aufzuspalten und es nach dem Prinzip, teile und herrsche, zu instrumentalisieren. Der erste Vorsitzende war, das habe ich sehr spät erfahren, einer der ältesten Kommunisten in Deutschland. Nichtsdestotrotz war – und ich kenne das aus der Mitgliedschaft heraus sehr gut – die DBD, was den Mitgliederstatus angeht, niemals eine Partei, die, sagen wir mal, unter dieser „dicken Überschrift“ zu fassen wäre. Es gab in der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands in den Basisgruppen und auch in vielen Vorständen eine sehr kritische Auseinandersetzung mit dem, was landwirtschaftliches

Umfeld war. Ich betone, daß es keine politische Auseinandersetzung war, im Sinne einer fundamentalen Infragestellung dieses Staates, sondern es war eine Diskussion, die unmittelbar das Arbeitsfeld, das Erlebnisfeld der Bauern und der Mitglieder der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands betraf. Ich komme vielleicht noch mal darauf zurück.

Welche Formen der Abhängigkeit bestanden? Es wurden hier, was die Organisation angeht, schon einige deutlich gemacht. Die schwerwiegendste Abhängigkeit der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands, und ich glaube, das betrifft auch in weiten Teilen die anderen Parteien, bestand eigentlich darin, daß sie, was gesellschaftliche Fragestellungen, was ökonomische, was soziale und kulturelle Fragestellungen betraf, inhaltlich eigentlich vollkommen am Tropf der SED hing. Die Demokratische Bauernpartei verfügte über keinerlei Potentiale, solche Fragen programmatisch aufzuarbeiten. Nach außen hat man sehr zeitig in den 60er Jahren die Diskussion über ein eigenes Programm beendet, intern aber ist sie in der Demokratischen Bauernpartei nie zu Ende gewesen. Das möchte ich ganz persönlich sagen, weil ich selbst, als ich in Verantwortung war, darüber intensiv diskutiert habe. Wenn ich das heute nachvollziehe, dann ist mir klar, daß in den geistigen Inhalten eine Abhängigkeit zum Ausdruck kam.

Wir haben natürlich thematische Fragestellungen intern diskutiert mit Bauern, mit Bürgermeistern oder mit Handwerkern; es waren immer sehr kleine Gruppierungen. Nach meinem Wissen gab es in der Bauernpartei nur eine Richterin eines Kreisgerichtes. Und wenn die „großen Fragestellungen“ anstanden, war natürlich immer ein Wissenschaftler, ein Vertreter eines Institutes benannt, der ein Genosse war. Das ist die eigentliche wesentliche Abhängigkeit gewesen, wenn man heute nach dem Interieur, nach den politischen Auseinandersetzungen und nach politischen Zusammenhängen fragt.

Die Motive, in die Blockpartei zu gehen, möchte ich für die Bauernpartei vor dem Hintergrund des hier bereits Erwähnten noch um den Punkt erweitern, daß es bei den Bauern und ihren Söhnen eine gewisse Tradition gab. Der Sohn eines Bauern ging auch in die Bauernpartei; bei mir war es zum Beispiel auch so. Ich stamme aus der Landwirtschaft und bin 1976 in die Bauernpartei gekommen, weil mein Vater Mitglied der Bauernpartei war, sonst wäre das nicht möglich gewesen. Das war nämlich genau der Zeitpunkt, zu dem es eigentlich keine Neuaufnahmen mehr gab. Meine Mitgliedschaft begann mit der Tatsache, daß ich sofort meine Mitgliedschaft ruhen lassen mußte, weil ich zur Armee ging, und da gab es ja keine Mitgliedschaft in den Blockparteien.

Ich möchte hervorheben, daß es in den Dörfern Auseinandersetzungen gab – mit Mitgliedern der SED in den Betrieben und mit Funktionären der VdgB. Es gab eine immerwährende Auseinandersetzung zwischen der Bauernpartei und der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe. Weil es ein

gewisses Rangablaufen in den Dörfern gegeben hat, war man natürlich in der Bauernpartei bestrebt, dort das kommunale Leben mitzugestalten und hatte eigentlich einen konstruktiven Ansatz.

Das Verhältnis von der oberen Hierarchieebene zur Basis war ein sehr spannungsvolles Verhältnis. Es war ein Verhältnis, das in den alten Strukturen zu ersticken drohte, und insofern waren Veränderungen in der Bauernpartei angesagt. Die Erwartungshaltung der Mitgliedschaft gegenüber den Vorständen war, daß nach gründlicher interner, vertrauensvoller Diskussion in den Vorständen mit Nachdruck auch an die SED herangetragen werden sollte, was intern an Kritiken geäußert worden war. Ein ständiges Thema waren zum Beispiel die Entwicklungen der Strukturen in den LPG'n, u. a. die Aufspaltung in Pflanzen- und Tierproduktionsbetriebe. Sie wurde von der DBD zwar plakativ mitgetragen, es gab jedoch gleichzeitig Bestrebungen aus der DBD heraus, die dadurch entstandenen großen Flächen wiederum zu verkleinern und hierfür mehr Vernunft und Bezogenheit zum Dorf herzustellen. Ich möchte auch das Informationssystem ansprechen. Also erst einmal hatte die Demokratische Bauernpartei ein eigenes Informationssystem. Das wurde, wie das der Kollege hier schon gesagt hat, von den Kreisen bis in den Parteivorstand hinauf organisiert und hatten den Zweck, denen da zu sagen, wie das Leben ist. Und es lag eigentlich wirklich in der Ermessensfrage der Beteiligten auf den einzelnen Ebenen, wie die Sache weitergeschaufelt wurde. Deshalb ist es nicht die Frage, daß man hier mit „gläsernen Taschen“ zusammen mit der SED gearbeitet hat, sondern es war einfach selbstverständlich. Weil es in öffentlichen Gremien, sagen wir einmal außer in persönlichen Gesprächen, sonst nicht möglich war, wollte man auf diesem Weg die Information geben, „wie es war“. Es war frustrierend, daß bei vielen dann keine Reaktion kam, und es hat im Grunde genommen viele auch zur Abkehr von der Partei gebracht, daß man auf seine Anliegen keine Reaktion bekam. Man muß auch einmal sagen, daß es in vielen Fällen wirklich dem zu unkritischen Verhältnis von DBD zur SED geschuldet war, daß manches auf der Strecke blieb und irgendwie versandete.

Die innerdeutsche Auseinandersetzung spielte in der Demokratischen Bauernpartei insofern eine Rolle, als diejenigen, die in den Westen gefahren waren, erzählten, was sie gesehen und erlebt hatten. In einem internen Kreis wurde das in der Mitgliederversammlung und im Gespräch untereinander ausdiskutiert, und da wußte man eigentlich darüber Bescheid. In den großen politischen Auseinandersetzungen gab es außer Abklatsch – das muß ich sagen – nichts Qualifiziertes.

Zur Rolle und Funktion der Blockparteien in der Umbauphase. Ich möchte in aller Deutlichkeit sagen: die Parteien waren mit sich selbst beschäftigt. Sie hatten sich mit den Forderungen und Pressionen der Basis an die Führung zu befassen. Es waren nur wenige wirklich daran beteiligt, in den

Dörfern, in den Städten, die Aktionen mitzutragen. Ich war ja selbst in der Umbruchzeit in einer Parteifunktion. Ich habe an allen Kundgebungen und Demonstrationen teilgenommen. Ich habe das aber im Grunde genommen nicht als Mitglied der DBD, in meiner Funktion gemacht, denn das war eine Auseinandersetzung zwischen Parteibasis und dem Vorstand. So hat sich das bis zu dem sogenannten Wendeparteitag der DBD im Januar 1990 langsam entwickelt, und erst danach gab es ein direkteres politisches Einschalten in die Diskussionen, die geführt worden sind.

Wie gehen die Blockparteien mit der Vergangenheit um? Das ist das Thema – heute und aktuell. Ich bin für eine Aufarbeitung der Vergangenheit der DBD, gerade weil sie mit der CDU im Westen zusammengegangen ist. Daß es dabei eine gesonderte Aufarbeitung der DBD gibt, das halte ich unbedingt für erforderlich. Ich habe heute früh so eine Bemerkung gehört, daß man nur „gratulieren“ könne für die Mitglieder, die die CDU bekommen hat. Ich möchte mit Verlaub und mit Respekt für das, was hier geleistet wird, und auch mit viel Selbstkritik in der Auseinandersetzung, die wir ja alle im menschlichen Umgang miteinander ständig führen, sagen, daß es 1990 für die Demokratische Bauernpartei eine Aufgabe gewesen ist, historisch die Konsequenzen zu ziehen. Dieser Partei, die eigentlich nur ein Torso einer Partei war, mußte eine Orientierung gegeben werden. Also stand sozusagen organisatorisch die Frage des Zusammenschlusses mit jemandem an. Aber intern war eigentlich den Erwartungen der Mitgliedschaft, die einen gewissen Anspruch auf politische Betätigung hatte, Gestalt und Orientierung zu geben. Wenn man aus der Partei kommt, wenn man die soziale Basis der Bauernpartei kannte, dann hat sich diese Entwicklung zur konservativ-liberalen Orientierung zu Recht ergeben. Diese Aufgaben standen damals auch organisatorisch an – entsprechend dem Willen der Mitgliedschaft – egal, mit welchem Ergebnis, hier war eine Orientierung zu geben. Und ich glaube, es war historisch auch eine gewisse Korrektur dessen, was mal am Ursprung dieser Partei stand. Danke für das Zuhören.

Gesprächsleiter Dirk Hansen (F.D.P.): Ja, vielen Dank Herr Junghanns für diese ergänzenden Bewertungen, die Sie gegeben haben. Dann möchte ich gerne Herrn Martin Reißmann zu Wort kommen lassen, der uns als Fachmann zum Schulungsbetrieb Burgscheidungen der CDUD hier avisiert ist.

Martin Reißmann: Ihre Einführung gibt mir Gelegenheit, gleich mit einem Mißverständnis aufzuräumen. Ich bin kein Sachverständiger, und ich bin auch kein Zeitzeuge – insofern falle ich also aus dem Rahmen der Vorredner –, sondern ich bin ein Doktorand, der sich bemüht, in einen kleinen Bereich der Parteiarbeit der CDU etwas Licht hineinzubringen, was sehr mühsam ist. Ich werte dabei die Quellen des Parteiarchivs aus, und ich spreche mit ehemaligen hauptamtlichen Funktionären der CDU. Damit mein Auftritt hier sinnvoll ist, möchte ich von diesem Ansatz, von meiner Arbeit mit den Quellen,

ausgehen, um durch einige, wenige Hinweise deutlich zu machen, wie schwer es eigentlich ist, ein Urteil zu fällen oder auch nur eine Beschreibung über das, was die Blockparteien, speziell die CDU, waren, zu geben.

Wir haben es in aller Regel mit Quellen zu tun, die sozusagen Quellen der Parteileitung waren. D.h. wir haben Protokolle, Thesen und Direktiven, die sozusagen das Anspruchsniveau beschreiben, aber wir haben fast überhaupt keine Quellen – zumindest noch nicht so recht verfügbar –, die eigentlich die Basis darstellen. Dieser Unterschied zwischen Anspruch und Wirklichkeit, zwischen Wollen und Vollbringen, muß doch etwas schärfer gefaßt werden, als mir das zumindest in einigen Beiträgen der Fall zu sein schien. Wir haben eigentlich überhaupt keine Kenntnis oder wenig Kenntnis über das, was an der Basis eigentlich stattgefunden hat. Das heißt, wir haben weder Protokolle, die wirklich Aufschluß darüber geben, wie so eine Mitgliederversammlung ablief. Wir haben keine Informationen, wie sich das CDU- oder LDPD-Mitglied verhielt, wenn es seine Hausbesuche im Rahmen der Nationalen Front machte. Wir haben keine richtig überzeugenden Aufschlüsse über die verschiedenen Veranstaltungen des Politischen Studiums, wenn man zusammensaß in den Ortsgruppen, um die Schulungsthemen zu behandeln. Die Gespräche mit den Zeitzeugen machen deutlich, daß offensichtlich zwischen dem, was man wollte und dem, was geschah, zumindest eine deutliche Lücke klaffte. Der Herr von der Kreisgeschäftsführung hat das sehr deutlich gemacht; man muß hier also mit besonderer Vorsicht urteilen.

Immerhin gibt es einige Indizien, die darauf hindeuten, daß das System, das innerparteilich den Blockparteien – und ich spreche von der CDU – übergestülpt wurde, sehr lange sehr schlecht und viele Jahre überhaupt nicht funktionierte. Ich kann das von der Schulungsarbeit sagen: man hat sie 1951 als System eingeführt, und es dauerte mindestens bis 1956, bis die oberste Ebene und die darunterliegende Ebene, also die Zentrale Parteischule und die Bezirksparteischulen, funktionierten. Das hatte unterschiedliche Gründe. Es war nicht immer nur Verweigerung der Mitglieder, oft war es eher Passivität, einfach ein Nicht-Mitmachen-Wollen. Auch in den sechziger und in den siebziger Jahren, im Grunde als Strukturproblem der Schulungsarbeit, zeigte sich, daß man mit dem, was man wollte, bei vielen Mitgliedern auf wenig Verständnis stieß. Man beteiligte sich oft im formalen Sinne. Insofern denke ich – auch im Hinblick auf die Frage, die Herr Meckel stellte: wie die eigentlich miteinander umgingen oder wie das mit der Oppositionsrolle, dem Verhältnis zu Parteilosen, zu verstehen ist, wer von beiden nun mehr zur Opposition beigetragen hat – also dazu würde ich sagen, daß keiner von diesen mehr dazu beigetragen hat. Es hat Mitglieder gegeben, die haben sich der Partei als Anpassungsinstrument bedient, sie haben da Karriere gemacht, solche Fälle hat es gegeben, und es hat Leute gegeben, die haben sich der Partei bedient, um ihre Nische zu finden. Wenn diese Leute mit Parteilosen

zusammenkamen, so stelle ich es mir vor, so hat keiner dem anderen Vorwürfe gemacht. Es war so, daß jeder seinen Weg gesucht hat, und insofern muß man hier wirklich auf die Person hin differenzieren. Dieser erste Eindruck, daß das System sehr lange sehr schlecht funktioniert hat und daß es Jahre gebraucht hat, damit es überhaupt einigermaßen formell funktionierte, das möchte ich also doch festhalten, weil es sozusagen dem Eindruck entgegenwirkt, nach 1952 sei die Partei auf Kurs gewesen und das, was man von der Parteiführung her wollte, sei auch unten umgesetzt worden. Diesen Punkt kann ich von meinem Arbeitsfeld her bestreiten bzw. möchte ich anders sehen.

Der zweite Punkt, auf den ich noch kurz eingehen möchte, ist der Zusammenhang von Schulung und Kaderarbeit; es wurde verschiedentlich nach der Karrierefunktion gefragt. Es tauchen in den Quellen wiederholt Hinweise darauf auf, daß Leute Schwierigkeiten bekommen haben, weil sie Mitglieder der CDU waren. Und zwar gar nicht mal, weil das die oberste Führung der SED so wollte, sondern weil es auf den mittleren und unteren Ebenen der SED so administriert wurde, daß diese Leitungsebenen der SED den entsprechenden Funktionären der CDU Schwierigkeiten gemacht haben. Es war durchaus unattraktiv, so mein Eindruck, zum Beispiel Kreissekretär der CDU in einem Landkreis, in dem man eine kleine Minderheit war, zu sein, wo man sich also ständig zwischen alle Stühle setzte. Da war die SED, die bestimmte Ansprüche stellte, und es gab die aktiven Christen, die Ansprüche stellten. Man konnte es im Grunde keinem Recht machen. Die Idee, man habe über die CDU auf dieser Parteilinie Karriere machen können, oder es sei besonders attraktiv gewesen, diesen Eindruck kann ich von meinen Quellenuntersuchungen her nicht bestätigen. Es gab viele Leute, die sich auch in der Schulungsarbeit mit Gleichgesinnten über ihre Probleme austauschten und sich zurüsten ließen, wie man diese Probleme vielleicht gemeinsam besser bewältigen könne, oder die sich einfach Anregungen holten. Ich sage das deshalb so ein bißchen pointiert – es gab natürlich auch Leute, die Karriere gemacht haben – weil mir ein Appell zur Differenzierung dringend notwendig zu sein scheint. Nur eine Aufarbeitung über diese kleinen Mosaiksteine kann letztlich zu einer Urteilsbildung über die Blockparteien oder über die CDU beitragen. Ich hatte ein bißchen den Eindruck, daß hier von verschiedenen Seiten mit vorgefaßten Meinungen herangegangen wird, ohne die Detailstudien erst abzuwarten; damit wird man jedoch keinem gerecht. Und ich denke, daß jeder, der in dieser Partei gewesen ist, egal welche Stellung er da eingenommen hat, Anspruch auf eine möglichst sachliche Beurteilung und sachliche Darstellung hat. Ich danke Ihnen.

Gesprächsleiter Dirk Hansen (F.D.P.): Als letzten in der Runde begrüße ich Tom Steinborn aus Dresden, der Mitbegründer der LDPD-Jugendbeiräte und dann Gründungsgeschäftsführer der Julia, der Jungliberalen Aktion, war.

Vielen Dank, daß Sie hier das Fähnlein der Liberalen gewissermaßen doch noch aufziehen wollen.

Tom Steinborn: Ja, sie sind nicht immer in der Mehrheit, aber sie tauchen doch noch im richtigen Zeitpunkt auf. Zunächst zu meiner Biographie: Also, ich bin Tom Steinborn. Ich bin am 24.05.1966 in Meißen geboren, bin auch im Elbtal aufgewachsen, habe ein erstes Fachschulstudium in Grundschulpädagogik absolviert, bin in dieser Zeit, 1985, der LDPD beigetreten, habe dann die Jugendbeiräte der LDPD mitbegründet, bin, wie gesagt, dann Gründungsgeschäftsführer der Jungliberalen Aktion geworden und nach der Vereinigung mit den Jungliberalen der stellvertretende Bundesvorsitzende.

Worauf stütze ich den heutigen Vortrag? Zum einen natürlich auf Zeitzeugenaussagen, auf eigenes Erleben, und zum anderen bin ich derzeit dabei, eine Arbeit anzufertigen im Auftrag der Friedrich-Naumann-Stiftung zum Thema „Herausbildung liberaler Jugendstrukturen in Ostdeutschland“. Ich denke, das Thema erfordert es, daß wir auch in diesem Bereich nicht erst 1989 beginnen, denn wir werden dann über viele Dinge, die gerade heute von jungen Menschen ausgehen, viel größeren Aufschluß finden.

Wenn ich über Jugendbeiräte der LDPD spreche, ist es unumwunden notwendig, zu der Rolle der Jugendbeiräte 1945 bis 1951/52, als sie unter direktem Einfluß der SED und der Staatssicherheit verboten wurden, kurz einige Fakten zu nennen: 1945, mit Gründung der Liberal-Demokratischen Partei als einer bürgerlichen, demokratischen, antifaschistischen Partei, ging auch die Gründung von selbständigen Gremien, die sich an junge Leute wandten, einher. Ich betone das so, weil es aufgrund des Krieges keine einheitliche Struktur gegeben hat; wir kommen in der Forschung auf den Namen „Jugendausschüsse“, wir kommen auf den Namen „Jugendsekretariate“ und dergleichen mehr. Diese arbeiteten in einer großen Selbständigkeit, und schon in dieser Zeit waren meines Erachtens drei, bisher sind wir immer von zwei Strömungen ausgegangen, drei Strömungen in diesen Jugendausschüssen junger LDP-Mitglieder deutlich. Zum einen gab es diejenigen, die einen eigenen Jugendverband gründen wollten, zu denen der wohl bekannteste Vertreter Wolfgang Mischnick aus Dresden gehörte, der dann mit Rede- und Schreibverbot belegt wurde und mit Hilfe von Freunden aus West-Berlin und Hessen dann den Weg nach Westdeutschland finden mußte. Zum zweiten gab es die Gruppierung um Manfred Gerlach, die ganz eindeutig den Zugang zur FDJ und auch frühzeitig die Beteiligung am Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in diesem Jugendverband befürwortete; zu dieser Gruppe gehörte zum Beispiel auch Manfred Brückner aus Jena. Und es gab eine dritte Gruppierung, die auch von Anbeginn dazu aufrief, daß Mitglieder der anderen Parteien in der FDJ wirksam werden und dazu beitragen sollten, die FDJ als eine pluralistische Organisation auszugestalten. Zu ihnen gehörte zum Beispiel Arno Esch, der dafür von dem sowjetischen Geheimdienst verfolgt und ermordet worden ist –

ein sehr tragisches Schicksal. Diese drei Gruppierungen hat es gegeben, und es ist wichtig, an diesen Ansätzen weiter zu forschen und nicht nur mit einer Schwarz-Weiß-Kategorie – gegen oder für die FDJ – zu arbeiten.

Zurück zu den LDP-Jugendbeiräten bzw. Jugendausschüssen. Die Jugendausschüsse wurden 1949 unter direktem Einfluß der sowjetischen Besatzungsmacht in Jugendbeiräte umgebildet. Die Beiräte gaben nach außen hin Erklärungen ab, daß sie nur noch beratenden Charakter für die Vorstandsarbeit hinsichtlich einer effektiveren FDJ-Arbeit haben würden. Doch in der Praxis realisierte sich dieses Ziel nicht. Die Jugendbeiräte behielten ihre Eigenständigkeit aus den Jugendausschüssen. 1952 wurden die Jugendbeiräte gänzlich verboten. Ich muß sagen, daß die jeweiligen Machtwechsel innerhalb der LDP – vollzogen 1951 auf dem vierten Parteitag in Eisenach oder später auf der ersten Parteibeauftragtenkonferenz in Weimar, die im Gefolge der SED den Aufbau des Sozialismus propagierte – das begünstigten. Doch die Basis war dort noch nicht soweit, sie wollte diesen Weg nicht einschlagen. Trotz des Beschlusses wurden an der Basis die Jugendbeiräte nicht von selbst, sondern erst unter direkter Einflußnahme der „Sicherheitsorgane“ – wie es so schön hieß – aufgelöst. Es haben Verhaftungen stattgefunden, und ab diesem Zeitpunkt setzte, wie auch in anderen sogenannten Blockparteien, bei denen ich doch lieber von sogenannten „befreundeten Parteien“ sprechen möchte, denn die SED war ja auch eine Blockpartei, der Prozeß der erbarmungslosen Anpassung in allen Gebieten ein. Man wies den befreundeten Parteien Plätze zu; für die LDP und NDPD war es speziell der Platz des Handwerkes und unter Umständen noch der der Intelligenz. Ich möchte hier eine kleine Seitenbemerkung zur Gründung der NDPD und DBD machen. Die Machtheologen in der SED hatten meines Erachtens ihr Ziel bis 1990 verwirklicht. Die Gründung dieser Parteien wurde von Leuten vollzogen, die in Ehren aus der SED entlassen worden waren und regelrecht beauftragt wurden, zum einen die DBD und zum anderen die NDPD zu gründen, um so das bürgerliche Lager zu spalten. Die DBD war in diesem Sinne darauf angesetzt, speziell die CDU auf dem Lande zu schwächen, und die NDPD sollte speziell die Leute um die LDP herum, z. B. in der Intelligenz, im privaten Bereich, den wir ja bis 1972 durchaus noch hatten, ansprechen. Das kann man nicht den einzelnen Mitgliedern, welche dann in den 80er Jahren diesen Parteien beigetreten sind, zum Vorwurf machen. Aber ein solcher Zwist zwischen diesen Parteien – trotz der großen, gemeinsamen Flagge der Nationalen Front –, den haben die Genossen immer wieder schön zu pflanzen verstanden, und er ist auch in bemerkenswerter Weise von den Mitgliedern in der Schizophrenität des gesamten Systems verwirklicht worden.

Zurück zu den Jugendbeiräten. Jugendarbeit oder Jugendpolitik war ab 1952 kein Thema, kein wesentliches Thema mehr für die LDPD. Erst 1972 tauchen in den Akten differenzierte Beratungen mit jungen Parteimitgliedern

wieder auf, aber die Forschungen ergeben doch relativ wenig Material in diesem Zeitpunkt. Es wurde auf Mitarbeit in der FDJ gesetzt, die sehr formal erfolgte; es wurde festgesetzt, daß zum Beispiel im Zentralrat der FDJ „zweieinhalb“ Mitglieder aus der LDPD sein durften. Was meine ich mit „zweieinhalb“ Mitgliedern? Das bedeutet, daß es zwei volle Mitglieder und einen Nachfolgekandidaten gab. Dort war keine wesentliche Bewegung bis Ende der 70er Jahre zu erkennen. Aus meiner Sicht aufgrund der Studien und der Interviews, die ich geführt habe, war es Ende der 70er Jahre genau der Mann, der in den 40er/50er Jahren maßgeblich zum Verhindern einer eigenen liberalen Jugendstruktur beigetragen hatte, nämlich der damalige Parteivorsitzende der LDPD, Manfred Gerlach, der sich speziell den Jugendlichen in der Partei zuwandte. Man muß hier zwei ganz persönliche Aspekte, und bitte schmunzeln sie darüber nicht, mit in die Waagschale werfen. Manfred Gerlach ging Ende der 70er Jahre seine zweite Ehe ein; er heiratete eine junge Frau, die als Physiotherapeutin täglich mit -zig Menschen umzugehen hatte, und ihm jeden Abend in brutalster Art und Weise offensichtlich die Probleme des Alltags aufs Butterbrot schmierte. Er fühlte sich daraus wohl motiviert, ein Buch zu schreiben. Er hat ein Buchmanuskript entworfen, in dem er in Ansätzen – ich betone das „in Ansätzen“ – Reformgedanken bis hin zu einer Reform des Sozialismus einforderte. Dieses Buch wurde von Erich Honecker, seinem bis dahin doch wohl engen Freund, schließlich vom Tisch gewischt. Das muß ihn sehr gekränkt haben; er konnte wohl auch nicht verkraften, daß die LDPD die kleinste unter den Blockparteien war, und wollte in diesem Punkt für sich eine Wende herbeiführen und Veränderungen über Masse gewinnen. Er reiste Anfang der 80er Jahre zu den ersten Sekretären der SED-Kreisleitungen und verhandelte neue „Werbesollzahlen“ aus, die an bestimmte soziale Schichten gebunden waren. Nach innen gab Manfred Gerlach allerdings in den Apparat der LDPD bekannt: „Wir halten uns nicht mehr an bestimmte soziale Schichten“ – und es war in der Tat so. Ab 1985 wuchs die Mitgliederzahl der LDPD rapide, vor allen Dingen in der Bevölkerungsgruppe der Jugendlichen und der unter 30jährigen. Das setzte dann wiederum einen völlig neuen Prozeß in Gang. Nicht mehr die Gedanken einzelner fortschrittlicher Leute in der Führung spielten eine Rolle, sondern ein massiver Druck von unten setzte ein. Neben dem – ich sage mal mit Verlaub – „alten Handwerker“ waren auf einmal drei Studenten mit in der Versammlung. Und die fanden das alles stinklangweilig und sehr vermottet, wie das da anging. Ich kann das aus eigenem Erleben 1985 in Meißen, einer Stadt, die sich ja doch relativ viel privates Handwerk bewahrt hatte, berichten. Es kam die Idee auf, man müsse doch eigentlich mal zusammenkommen nur mit jungen Leuten, die in der LDPD sind, die sich um die LDPD herum bewegten oder Kinder von Mitgliedern waren. Und das taten wir dann auch ohne groß zu fragen. Unterstützung fand dies auch dadurch, daß die LDPD in ihren Apparat hin

und wieder auch jüngere Leute einstellte, die ganz anders als Ansprechpartner für die jungen Mitglieder, die in die LDPD eintraten, fungierten. In diesen differenzierten Parteiveranstaltungen der LDPD wurden speziell Probleme der Jugend besprochen, z. B. auch das Verhältnis zur FDJ, die sich ja als die FDJ der Partei, als Kampfesreserve der Partei bezeichnete, und schon lange nicht mehr dem Rechnung trug, was sie bei ihrer Gründung eigentlich proklamiert hatte.

Es war immer und ständig die Diskussion, wie können wir denn anders ein? Und ich muß das betonen, 1985/86/87 ging es wirklich nicht um die Beseitigung des Sozialismus, sondern es ging darum, wie können wir denn anders sein, wie können wir denn verkrustete Strukturen aufbrechen? Ich habe alle Informationsberichte der LDPD, die in der Friedrich-Naumann-Stiftung für Forschungszwecke zugänglich sind, aus den Jahren 1985 bis 1990 von der Bezirksebene an bis zur zentralen Ebene – überall dort, wo ich interessante Hinweise hatte, auch die der Kreisebene – gelesen. In jedem dieser Berichte wird ab 1987 von allen Ebenen darauf aufmerksam gemacht, daß die vielen jungen Mitglieder absolut ungeduldig sind und eine Veränderung im FDJ-Leben möchten bzw. diese differenzierten Parteiveranstaltungen noch in viel größerem Maße durchführen möchten. Es ging zunächst in der ersten Etappe um eine Veränderung in der Zusammenarbeit mit der FDJ, in der FDJ. Doch dieser Gedanke erwies sich sehr schnell als aussichtslos. Als Rückkoppelung gab es dann eine offenbar nur mündlich überlieferte Aussage von Manfred Gerlach, der in einer Weihnachtsberatung mit Bezirksvorsitzenden 1987 wohl sagte: „Dann gründen Sie doch Jugendbeiräte, wie sie 1951/52 aufgelöst worden sind.“ Da kam natürlich von den perfekten Verwaltern des Apparates die Frage, wo denn da der Beschluß dazu sein. Es ist aber nie ein Beschluß dazu gefaßt worden, was wahrscheinlich die Gründung der Jugendbeiräte überhaupt möglich gemacht hat. Und dies neue Gremium ist auch nicht durchgängig als Jugendbeirat bezeichnet worden. Der erste Jugendbeirat wurde 1988 im Frühjahr – die Gründungsurkunde beläuft sich auf Oktober 1988 – in Rostock ins Leben gerufen. Dort ermöglichte ein sehr geschickter Kreisvorsitzender, Herr Dr. Ortleb, durch seine persönliche Autorität, sozusagen „unter seinem Mantel“, daß eine ganze Reihe junger Leute, die später auch in andere Parteien gegangen sind, sich schon sehr frühzeitig in diesen Jugendbeiräten zusammenfinden konnten.

Was waren die Themen in diesen Jugendbeiräten – außer der großen Frage, was machen wir eigentlich anders bei uns, was ist anders? Was wollen wir? Es waren Fragen der Ökologie, es waren Tabu-Themen, es waren Fragen nach dem Wahlsystem – unter dem Motto „Das sind doch keine demokratischen Wahlen!“ wurde dieses Thema seit 1988 massiv in den Jugendbeiräten diskutiert –, und es waren kulturelle Fragen, z. B. konnten junge Künstler, die nicht ausstellen durften, durch die Hilfe von Mitgliedern der Jugendbeiräte

dann in den Geschäftsräumen der LDPD Ausstellungen machen, oder es traten hier Liedermacher auf.

An wen wandte man sich, außer an die eigenen Jung-LDPD-Mitglieder? Es waren dann noch die parteilosen Kinder und Jugendlichen der Parteimitglieder. Es war nur möglich, in bescheidenen Aushängen unmittelbar vor der Tür der Geschäftsstellen zu werben. Platz in der Presse gab es natürlich bis in das Jahr 1989 für diese Aktivitäten nicht. Ich hab mich jetzt völlig von meinem Manuskript gelöst; ich will aber noch die weiteren ersten Jugendbeiräte nennen, die in der DDR damals entstanden sind. Das war in Lichtenberg, in Friedrichsheim, das war in Jena, in Großenhain, in Meißen, in Dresden und in Bad Freienwalde. Es ist auch noch der Aspekt zu erwähnen, daß diese Gründungen von Jugendbeiräten natürlich der „führenden Kraft“ und all ihren Organen, die zur Verfügung standen, kein Vertrauen eingeflößt haben. Es hat zunehmend – insbesondere bei den sogenannten „offiziellen“ Besuchen von Vertretern des Ministeriums für Staatssicherheit bei den Bezirksvorsitzenden – spezielle Fragen nach diesen Gründungen gegeben. Es wurden Namen erfragt von den Bezirksvorsitzenden. Ich muß dazu sagen, daß ich im Rahmen meiner Untersuchung einen Fragebogen an die Bezirksvorsitzenden ausgesandt habe, der leider nur von einem der 16 Bezirksvorsitzenden beantwortet worden ist, was mich natürlich nicht sehr weit bringt. Aber wir wissen das aus Gesprächen mit Sekretärinnen, die die Vorzimmer gehütet haben, mit denen ich ganz mühselig viele, viele Interviews geführt habe: Es gab ganz spezielle Fragen zur Gründung von Jugendbeiräten, weil man natürlich mit einem Verfall der sogenannten einheitlichen Massenorganisation für die Jugend auch eine zentrale Weichenstellung in der künftigen Zusammenarbeit mit den anderen Parteien gesehen hat. Das muß man einfach sehen, und das halte ich durchaus für ein kleines Steinchen auf dem Weg zur Veränderung. Irgendwo her, außer aus der evangelischen Kirche, müssen ja die vielen jungen Leute auch gekommen sein, die dann ganz massiv, ganz frühzeitig dazu beigetragen haben, daß die Wahlfälschung aufgedeckt worden ist, daß Proteste und Unterschriftensammlungen gegen das Verhalten von Egon Krenz anlässlich der Studentenunruhen in Peking zustande gekommen sind. Ich bin der Auffassung, daß hier gerade die Initiativen um die Jugendbeiräte der LDPD herum ein bescheidenes Steinchen gewesen sind. Vielleicht soweit. Ich stehe gerne noch für Fragen zur Verfügung.

Gesprächsleiter Dirk Hansen (F.D.P.): Vielen Dank, Herr Steinborn. Man merkt geradezu, wie es aus Ihnen herausprudelt und Sie noch viel zu sagen hätten. Der Blick auf die Uhr läßt wahrscheinlich alle erschrecken. Ich weise darauf hin, daß Herr Graumann um 15.30 Uhr aus Fahrplangründen gehen muß. Erste Nachfragen und Antworten sollten bitte deswegen an ihn gehen bzw. von ihm kommen, soweit gewünscht. Insgesamt denke ich, daß wir wegen der Disziplinlosigkeit heute morgen schon aus Höflichkeitsgründen,